



Wo bleibt das Sozialticket?

Eine Koalition aus CDU und Grünen im VRR hatte Anfang 2010 versprochen zum 1. August letzten Jahres ein Sozialticket einzuführen. Die Gegner des Sozialtickets - insbesondere aus den Vorständen der Verkehrsbetriebe im VRR - haben es mit heftiger Polemik geschafft, diese Vereinbarung zu kippen. Zunächst sollte die Einführung des Sozialtickets auf den 1. Januar 2011 verschoben werden, dann sollte es zum 1. Juni 2011 kommen. Inzwischen steht fest, dass die CDU die Koalitionsvereinbarung mit den Grünen nicht einhalten wird.

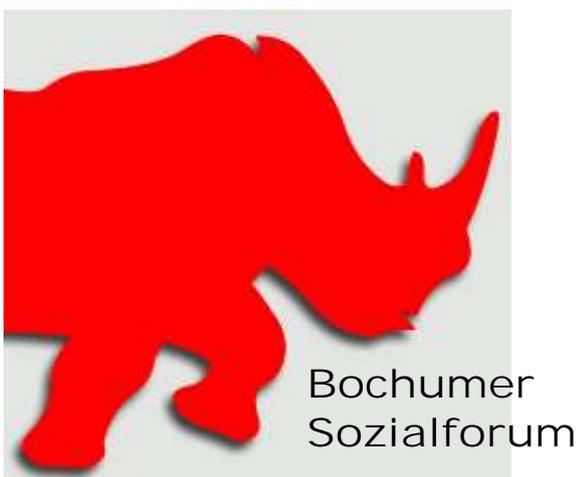
Eine wichtige Rolle hat hierbei ein äußerst zweifelhaftes Gutachten der Ingenieurgruppe IVV GmbH & Co. KG gespielt. Die Methoden des Gutachtens sind so fragwürdig, dass sich der VRR bis jetzt weigert, das vollständige Gutachten der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Bemerkenswert bei dem Verhinderungsprozess des Sozialtickets im VRR ist auch die Tatsache, dass Schwarz-Grün im VRR die Koalitionsvereinbarung zur Zeit einer schwarz-gelben Landesregierung getroffen hat. Die Regierung Rüttgers war strikte Gegnerin des Sozialtickets. Die neue rot-grüne Landesregierung hat dagegen angekündigt, Sozialtickets landesweit mit jährlich 30 Mio Euro finanziell zu fördern. Die CDU hat um ihre Posten im VRR zu sichern, im letzten Jahr also unterschrieben, dass das Sozialticket auch ohne Landeszuschüsse kommt. Jetzt sagt die CDU, dass das Sozialticket auch mit dem zusätzlichen Geld nicht zu finanzieren sei.

Die CDU will kein Sozialticket... Die Ärmsten in unserer Gesellschaft werden nun Opfer eines unglaublichen Taktierens der etablierten Parteien (siehe Kasten) und einer äußerst unsozialen Einstellung in den Vorständen der Verkehrsbetriebe und der Führung des VRR. Während das Barenticket für SeniorInnen mit fast 100 Euro pro Ticket subventioniert wird und auch wohlhabende SchülerInnen und Studierende das öffentlich geförderte preisgünstige Schoko- oder Semesterticket bekommen, soll ein erschwingliches Ticket für Hartz-IV-EmpfängerInnen unmöglich sein. Die CDU im Landtag hat gefordert, dass kein Geld für ein Sozialticket bereitgestellt wird.

...die SPD auch nicht!

Die SPD im VRR hat kein Interesse daran, das Sozialticket einzuführen. Gleichzeitig will sie aber die Subventionen abgreifen, die das Land für ein Sozialticket zur Verfügung stellt. Sie hat jetzt folgende Mogelpackung vorgeschlagen: Die Betroffenen sollen mit einer 20-prozentigen Ermäßigung auf Vierertickets abgespeist werden. Das hieße: Statt 8,40 Euro dann 6,70 Euro bei der Preisstufe A. Oder in Fahrten ausgedrückt: Während im Regelsatz für Hartz IV-EmpfängerInnen jetzt monatlich ca. vier Hin- und Rückfahrten vorgesehen sind, wären dann fünf solcher Fahrten im Monat möglich. Diese Almosenlösung soll den Namen Sozialticket erhalten.



Die VRR-Preispolitik...

Das Bochumer Sozialforum fordert für die, die aufgrund von Armut oder Erwerbslosigkeit gezwungen sind, von „Hartz IV“ oder „Grundsicherung“ zu leben, keine Mogelpackung! Mobilität ist schließlich kein Luxusartikel. Sich zumindest innerhalb der eigenen Stadt bewegen zu können, ohne ständig rechnen zu müssen, ob das im Haushaltsgeld noch drin ist, gehört zu den Grundvoraussetzungen für die Teilhabe am allgemeinen sozialen und kulturellen Leben.

... ist unterirdisch!

Es ist bekannt, dass der VRR regelmäßig untersucht, wie viel die KundInnen soeben noch bereit sind, für bestimmte Fahrten zu zahlen. Aus den Ergebnissen werden die Eckwerte für die nächste turnusmäßige Tarifierhebung abgeleitet, als sei dies die größte Selbstverständlichkeit auf der Welt. Soziale und Umweltaspekte geraten auf diese Weise immer mehr ins Hintertreffen. Und das bei wachsender privater Armut. Fast 1 Mio. Menschen im VRR-Raum müssen ihren Lebensunterhalt ganz oder teilweise aus gesetzlichen Sozialleistungen bestreiten!

Es ginge auch anders. Einige Städte – wie das belgische Hasselt oder das brandenburgische Templin – demonstrieren, dass eine Stadt auch mit einem Nulltarif gut fahren kann. Auf jeden Fall aber sollte der Öffentliche Verkehr für jedermann erschwinglich sein!

Selbstverständlich soll ein Sozialticket nicht auf Kosten der Beschäftigten in den Verkehrsbetrieben eingeführt werden. Solcherlei Befürchtungen sind aber ohnehin vorgeschoben. Der zwei-jährige Modellversuch in Dortmund hat gezeigt: Die reale kommunale Subvention für das Sozialticket war viel niedriger als offiziell behauptet. Die Erlös-Situation der Dortmunder Verkehrsbetriebe hatte sich durch das Sozialticket verbessert und die Zahl der Fahrgäste deutlich zugenommen. Insofern macht sich das Sozialticket auch für die Sicherung der Beschäftigung bezahlt.

Her mit einem Sozialticket, das diesen Namen wirklich verdient!

Schluss mit der Ausgrenzung einkommensschwacher BürgerInnen im Revier!
500 Euro Eckregelsatz für Alleinlebende bzw. Haushaltsvorstände!

Das Taktieren der Parteien

Bei der Kommunalwahl 2009 hatte die CDU ihre Mehrheit im VRR verloren. SPD und Grüne hatten zuvor die Einführung eines Sozialtickets gefordert. Weil der Fraktionsvorsitzende der Grünen sich aber für das unfaire Verhalten der SPD in Dortmund rächen wollte, gingen die Grünen eine Koalition mit der CDU ein. Die CDU konnte also Posten und Einfluss im VRR behalten. Diese Schwarz-Grüne Zusammenarbeit sollte auch ein Signal für die bevorstehende Landtagswahl 2010 sein. Für Schwarz-Grün auf Landesebene reichte es dann aber nicht.

Die CDU im VRR hatte also ihre Posten gesichert und weigerte sich nun, den Koalitionsvertrag in Sachen Sozialticket einzuhalten. Die Grünen hatten sich verzockt. Die SPD freute sich darüber, wie die Grünen von der CDU über den Tisch gezogen wurden. Sie wollte auf keinen Fall, dass die Grünen mit ihrem Thema Sozialticket erfolgreich sind, verabschiedeten sich von ihrer bisher propagierten Unterstützung des Sozialtickets und stimmten der CDU-Parole zu, dass ein Sozialticket, das den Namen verdient, nicht bezahlbar sei. Nun suchten SPD, CDU und VRR-Verantwortliche nach einer Lösung, wie man die von der Landesregierung in Aussicht gestellten Gelder für ein Sozialticket abgreifen kann, ohne ein echtes Sozialticket einzuführen. Ein denkbar bescheidener Rabatt auf Vierertickets ist der aktuelle Vorschlag der SPD. Ohne außerparlamentarischen Druck wird es kein Sozialticket geben.

23. Mai 2011, 17 Uhr

Jahrhunderthaus, Alleestr. 80, Bo
„Wo bleibt das VRR-Sozialticket?“
mit Prof. Heinz-J. Bontrup und
VertreterInnen verschiedener
Initiativen

Veranstalter: DGB Region Ruhr-Mark